

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 08.02.2017
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Selige, Dieter
Averdiek, Andre
Dälken, Martin
Dierker, Heinz
Gröne, Christoph
Jantos, Annette
Müller, Arne
Schmechel, Peter
Springmeier, Wolfgang
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar
Plogmann, Karl-Heinz
Dimek, Torsten
Lührmann, Bärbel
Hornstein, Anton
Kröner, Jörn
Otten, Niklas
Stiegemeyer, Wolfgang
Zumbrock, Peter

RPA - bis 21.30 Uhr

RPA - bis 21.30 Uhr

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Zuhörer/Zuhörerin

Bahlo, Dagmar
Krüger, Sebastian
Poggemann, Walter (Behindertenbeirat)
Wenzel, Rüdiger (Behindertenbeirat)

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 05.12.2016
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Taschenlexikon "Kommunal финанzen von A bis Z"
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2017 - mündlicher Vortrag
6.	Stellenplan für das Jahr 2017 Vorlage: BV/015/2017
7.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017 Vorlage: BV/016/2017
8.	Entwicklung der NLG-Verfahren 2013-2015 (Verfahrensblätter) Vorlage: MV/004/2017
9.	Bericht über erlassene und niedergeschlagene Forderungen der Stadt Georgsmarienhütte ab einem Wert von 5.000 € im Jahr 2016 Vorlage: MV/001/2017
10.	Statistische Zahlen aus dem Sachgebiet Vollstreckung in der Stadtkasse Georgsmarienhütte für das Jahr 2016 Vorlage: MV/002/2017
11.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2016 Vorlage: MV/003/2017
12.	Beantwortung von Anfragen
13.	Anfragen
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der

Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsmitglied Jantos beantragt, den Tagesordnungspunkt 8 (Entwicklung der NLG-Verfahren) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Die Tagesordnung wird sodann einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 05.12.2016

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 04/2016 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 05.12.2016 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Taschenlexikon "Kommunal финанzen von A bis Z"

Der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen hat ein Taschenlexikon „Kommunal финанzen von A – Z“ herausgegeben, das von Herrn Joachim Rose (Kämmerer und Lehrbeauftragter am Nds. Studieninstitut) verfasst wurde und in dem wesentliche Begriffe der kommunalen Haushaltswirtschaft praxisnah und verständlich erläutert werden. Nach der Kommunalwahl 2011 wurde dieses Lexikon allen Ratsmitgliedern als Druckversion zur Verfügung gestellt. Eine Neuauflage des Lexikons wird vom Bund der Steuerzahler unentgeltlich als PDF zur Verfügung gestellt.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Ein Ergebnis für 2016 liegt noch nicht vor, da die Buchungen für das Jahr noch nicht abgeschlossen sind. Mit Berichtswesen zum Stichtag 30.09.2016 war für den Ergebnishaushalt 2016 anstelle eines geplanten Fehlbetrags von rd. 3 Mio. € ein Fehlbetrag von rd. 1 Mio. € prognostiziert worden. Nach derzeitigem Stand kann davon ausgegangen werden, dass für 2016 kein Fehlbetrag im Ergebnishaushalt entstehen wird.

Im Investitionsbereich sind nicht alle geplanten Maßnahmen umgesetzt worden. Einige für 2016 geplante Maßnahmen wurden in 2017 neu veranschlagt; für viele begonnene bzw.

noch nicht abgerechnete Maßnahmen wurden Haushaltsreste in Höhe von knapp 3,5 Mio. € gebildet.

Da nicht alle Maßnahmen umgesetzt wurden und da auch die Verbesserungen im Ergebnishaushalt zu Verbesserungen bei den liquiden Mitteln geführt haben, musste die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 8,5 Mio. € nicht vollständig, sondern nur mit 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Unter Berücksichtigung der in 2016 geleisteten Tilgung hat sich die Verschuldung der Stadt Georgsmarienhütte in 2016 somit von 9 Mio. € auf rd. 13,25 Mio. € erhöht.

Für das neue Jahr 2017 können zur Entwicklung der finanziellen Lage zum jetzigen Zeitpunkt keine Besonderheiten vermeldet werden.

5. Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2017 - mündlicher Vortrag

Herr Hornstein erklärt anhand einer Präsentation das Bauunterhaltungsprogramm für das Jahr 2017. Die Bauunterhaltungskosten werden gemäß dem von der KGSt empfohlenen Verfahren mit 1,2 % des Wiederbeschaffungszeitwertes unter Berücksichtigung bestimmter Gewichtungsfaktoren (z.B. Alter, Nutzungsdauer, Technikanteil) kalkuliert. Die für jedes städtische Gebäude individuell errechneten Unterhaltungskosten ergeben in Summe einen Betrag in Höhe von rd. 1,54 Mio. €. Aufgrund der Einstufung verschiedener umfangreicher Sanierungsmaßnahmen an Schulen als Investition wurde dieser für die laufende Bauunterhaltung ermittelte Betrag um insgesamt ca. 330.000 € reduziert, so dass im Ergebnishaushalt 2017 ein Betrag in Höhe von rd. 1,2 Mio. € veranschlagt ist.

Für jedes städtische Gebäude wird eine Liste mit Handlungsbedarfen geführt, die sich aktuell auf eine Gesamtsumme von rd. 11,95 Mio. € summieren und die nach Dringlichkeit priorisiert werden. Für 2017 ist für die Umsetzung von mit höchster Priorität eingestufte Maßnahmen ein Betrag von 811.500 € vorgesehen. Weitere rd. 400.000 € werden für Rahmenvertragsarbeiten sowie für Unvorhergesehenes eingeplant.

Herr Hornstein stellt abschließend die Auslastung der im Zentralen Gebäudemanagement tätigen technischen Mitarbeiter dar und macht deutlich, dass die Umsetzung zusätzlicher, d.h. bis jetzt für 2017 noch nicht eingeplanter Maßnahmen, nicht möglich ist.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Jantos erläutert Herr Hornstein, dass die vorgestellten Übersichten der Handlungsbedarfe und der Arbeitsauslastung insbesondere für die interne Planung fortlaufend geführt werden.

Bürgermeister Pohlmann ergänzt, die Übersichten dokumentieren auch die Arbeitssituation und können auch der Politik als Steuerungsinstrument dienen, um über die Priorisierung von Maßnahmen zu entscheiden.

Von der CDU-Fraktion wird darum gebeten, dem Protokoll eine Auflistung der für 2017 vorgesehenen Projekte sowie als Beispiel die Übersicht der für das Rathaus als größtem Objekt bestehende Liste der Handlungsbedarfe beizufügen.

Von der SPD/FDP-Gruppe wird darauf hingewiesen, dass es große Schwierigkeiten bei der Besetzung der im vergangenen Jahr neu geschaffenen Bautechnikerstelle im ZGM gegeben habe und es unbefriedigend sei, wenn Maßnahmen wegen Personalmangel nicht umgesetzt werden können.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, die Stelle sei vor wenigen Monaten mit einem bisher als Hausmeister beschäftigten Mitarbeiter besetzt worden. Man habe hier nun ein gutes Team, mit dem viel geschafft werden könne, das aber nicht zu viel mit organisatorischen Dingen beschäftigt werden sollte.

6. Stellenplan für das Jahr 2017
Vorlage: BV/015/2017

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Vorlagen MV 050/2016 und BV 015/2017 wird verwiesen.

Über die von der Verwaltung vorgeschlagenen zusätzlichen Stellen wird wie folgt beraten:

0,5-Stelle Veranstaltungsmanagement/Tourismus EG 9

Unter der Voraussetzung, dass der Schwerpunkt der Tätigkeit im Bereich Kultur und nicht im Bereich Stadtmarketing gesetzt und die Stelle mit einem kw-Vermerk bis zum Ausscheiden des Kulturreferenten versehen wird, wird die Aufnahme der Stelle in den Stellenplan **einstimmig befürwortet**.

0,6-Stelle KFZ-Zulassung EG 5

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landkreis Osnabrück Gespräche bezüglich der Gebührenanteile für auswärtige Bürgerinnen und Bürger zu führen. **Es wird einstimmig empfohlen, die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen aber bis zur Klärung der Gebührenanteile nicht zu besetzen.**

1,0-Stelle Ordnungs- und Gewerbeabteilung EG 9

Fachbereichsleiterin Lührmann führt aus, bei den 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ordnungs- und Gewerbeabteilung haben sich rd. 600 Überstunden angesammelt, die in den vergangenen 2 Jahren nicht abgebaut werden konnten. Vor allem die Erteilung straßenverkehrsbehördlicher Anordnungen binde insbesondere im Rahmen der Sanierung der L 95, die im kommenden Jahr auf Georgsmarienhütter Gebiet fortgesetzt werde, viel Arbeitszeit.

Aus dem Ausschuss wird bezweifelt, dass die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle dauerhaft erforderlich ist, da die Mehrbelastung nur vorübergehend bestehe. Hier sollte das Ergebnis der für diesen Bereich geplanten Organisationsuntersuchung abgewartet werden und eine andere Lösung gesucht werden, das kommende Jahr zu überbrücken.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass es in der Ordnungsabteilung in den vergangenen Jahren eine hohe Fluktuation gegeben habe, die auch auf die hohe Arbeitsbelastung in diesem Bereich zurückzuführen sei. Er bitte darum, ein Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu geben, dass die hohe Belastung anerkannt werde und schlage vor, **finanzielle Mittel bereitzustellen, ohne die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen**. Nach Abschluss der Organisationsuntersuchung könne dann erneut über die Angelegenheit beraten werden.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

0,2-Stelle techn. Zeichner/in / GIS-Betreuung EG 6 (Stundenaufstockung)

Die Stundenaufstockung wird **einstimmig befürwortet**.

1 Stelle Sachbearbeiter/in Umwelt EG 8

1 Stelle Unterstützung Umweltbeauftragter EG 6

Auf Anfrage aus dem Ausschuss erklärt Fachbereichsleiter Dimek, dass im Bereich Umwelt Rückstände abzarbeiten seien, so dass die Stelle Sachbearbeiter/in als wichtiger

angesehen werde. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ablehnung der Stelle für die Unterstützung des Umweltbeauftragten die Umsetzung gewisse Maßnahmen im Bereich Klimaschutz / Umweltschutz nicht möglich sei.

Bei einer Enthaltung wird die Stelle Sachbearbeiter/in EG 8 befürwortet. Die Stelle Unterstützung Umweltbeauftragter EG 6 soll nicht in den Stellenplan 2017 aufgenommen und zurückgestellt werden.

5 Stellen Gärtner Bauhof EG 5

Aus dem Ausschuss wird vorgetragen, um gewisse Standards zu erfüllen, sei die Schaffung von fünf weiteren Stellen für die städtische Grünflächenpflege sicherlich wünschenswert. Angesichts der Haushaltssituation mit Ausweisung eines hohen Defizits und einer hohen Neuverschuldung sei dies jedoch nicht umsetzbar. Es werde daher vorgeschlagen, zwei zusätzliche Gärtnerstellen für zunächst 2 Jahre (kw-Vermerk) einzurichten. Danach sollte zunächst die dadurch erzielten Verbesserungen bei der Grünflächenpflege aufgezeigt werden.

Die Einrichtung von 2 Gärtnerstellen EG 5 für 2 Jahre (kw-Vermerk) wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Ratsmitglied Selige weist darauf hin, dass lt. Stellenplan einige Beamtenstellen als nicht besetzt ausgewiesen seien und fragt an, ob diese Stellen herausgenommen bzw. in Angestelltenstellen umgewandelt werden können.

Von der Verwaltung wird hierzu erklärt, bei der Darstellung der nicht besetzten Stellen handele es sich um eine Stichtagsbetrachtung zum 30.06. des Vorjahres. Die Möglichkeit der Umwandlung von Beamtenstellen in Angestelltenstellen müsse geprüft werden, da hier gegebenenfalls „Strafabgaben“ an die Versorgungskasse zu zahlen seien.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer, ob die zur Einstellung im Haushaltsjahr 2017 vorgesehenen zwei Auszubildendenstellen noch auf drei erhöht werden können, wird von der Verwaltung erklärt, dass das Bewerbungsverfahren für 2017 bereits abgeschlossen sei.

Nach Abschluss der Beratung lässt der Ausschussvorsitzende über den Stellenplan insgesamt abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 10 ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich gefasst:

Der Stellenplan 2017 wird in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung empfohlenen Änderungen beschlossen.

7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017 Vorlage: BV/016/2017

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Über die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Änderungsvorschläge zum **Ergebnishaushalt** wird wie folgt beraten:

ÖPNV-Anbindung Oesede-Nord / Harderberg

Takterweiterung Stadtbus

Fachbereichsleiterin Lührmann führt aus, für die Linie Oesede-Nord / Harderberg sei ursprünglich die Einrichtung eines Bürgerbusses angedacht gewesen. Da hierfür jedoch nicht genügend Ehrenamtliche zur Verfügung standen, habe man wegen der Anbindung der Strecke bei der PlanOS angefragt, die die Kosten mit 66.000 € jährlich angegeben habe.

Von Seiten der Politik wird vorgetragen, die Anbindung der Linie Oesede-Nord / Harderberg solle zunächst für ein Jahr erfolgen. Danach müsse generell über das Thema ÖPNV gesprochen werden, wobei auch das Thema Bürgerbus nochmal mit Herrn Köhnke angesprochen werden sollte.

Eine Ausweitung des Taktverkehrs für den Stadtbus soll nicht erfolgen.

Mit einem Abstimmungsergebnis von 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme wird die Anbindung der Strecke Oesede-Nord / Harderberg für ein Jahr sowie der Verzicht auf die Takterweiterung des Stadtbusses mehrheitlich befürwortet.

Veranstaltungskosten Jubiläumskirmes Oesede

Von Seiten der Politik wird gefordert, die aufgrund der in 2017 stattfindenden Jubiläumskirmes in Oesede zusätzlich veranschlagten Kosten in Höhe von 30.000 € auf 15.000 € zu beschränken. Man sei bereit, mehr Geld für die Sicherheit auszugeben; zusätzliche Leistungen wie z.B. ein erweitertes Feuerwerk seien aber nicht erforderlich und werden abgelehnt.

Der Antrag, die Mehrkosten für die Oeseder Jubiläumskirmes auf 15.000 € zu beschränken, wird einstimmig befürwortet.

Elternbefragung zur IGS / Zufriedenheitsanalyse

Ratsmitglied Dälken trägt vor, die Durchführung einer Elternbefragung sei eigentlich nicht Aufgabe der Stadt, sondern des Landkreises. Dieser sei aber bislang nicht tätig geworden und sollte daher erinnert werden, seine Zusage einzuhalten.

Auch Ratsmitglied Jantos spricht sich dafür aus, den Landkreis Osnabrück nochmals aufzufordern, die Befragung durchzuführen. Falls dies weiterhin erfolglos bleibe, müsse die Stadt selber die Initiative ergreifen.

Bürgermeister Pohlmann ergänzt, nach dem Ratsbeschluss über die Durchführung einer Elternbefragung falls der Landkreis nicht tätig wird, sei ein entsprechendes Schreiben an den Landkreis erfolgt. Eine Antwort habe man bislang nicht erhalten. Er bitte daher auch die Georgsmarienhütte Kreistagsabgeordneten, in dieser Angelegenheit beim Landkreis tätig zu werden.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich gefasst:

Falls der Landkreis Osnabrück auf eine erneute Anfrage der Stadt hinsichtlich einer Elternbefragung zur IGS untätig bleibt, führt die Stadt Georgsmarienhütte eine wissenschaftlich fundierte Elternbefragung einschließlich Zufriedenheitsanalyse zum bestehenden Schulangebot durch. Hierfür werden 25.000 € in Priorität 1 in den Ergebnishaushalt 2017 eingestellt.

Nutzungskonzept Alte Wanne

Der Vorschlag, für ein Nutzungskonzept für die Alte Wanne **10.000 € in Priorität 1 in den Ergebnishaushalt 2017 einzustellen, wird mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich befürwortet.**

Sozialtarif ÖPNV / Sozialpass

Zur Begründung des von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Antrags erklärt Ratsmitglied Schmechel, seit Einführung des Familienpasses haben sich die Sozialstrukturen in der Stadt geändert, so dass eine Öffnung nicht nur für Familien erforderlich sei. Auch sei es ein Manko, dass bislang keine Sozialtarife für den ÖPNV in Georgsmarienhütte inbegriffen seien.

Dem Antrag, für die Einführung eines Sozialpasses und die Aufnahme von Sozialtarifen für den ÖPNV **20.000 € jährlich in den Ergebnishaushalt einzustellen, wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich befürwortet.** Die inhaltliche Ausgestaltung erfolgt im Fachausschuss III.

Zusätzliche Bereitstellung von 200.000 € zur Deckung von Defiziten von KiTas ohne Defizitausgleich

Von der SPD/FDP-Gruppe wird vorgetragen, man sei grundsätzlich bereit, in den Kindertagesstätten entstandene Defizite zu übernehmen. Da der Antrag jedoch erst heute vorgelegt worden sei und detaillierte Informationen zu den entstandenen Defiziten fehlen, sei eine abschließende Entscheidung heute nicht möglich. Es werde daher vorgeschlagen, den Betrag zunächst in Priorität 2 in den Ergebnishaushalt einzustellen. Der Antrag müsse dann genau geprüft und im Fachausschuss III beraten werden. Grundsätzlich halte man es für sinnvoll, auch den katholischen Trägern Defizitverträge anzubieten, damit alle Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte hinsichtlich bestehender Rechte und Pflichten den gleichen Stand haben.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, man habe erst heute Übersichten über die Kostenentwicklungen erhalten. Weitere Klärungsgespräche seien erforderlich aber bis zur Ratssitzung in der nächsten Woche nicht möglich. Er schlage daher vor, den Betrag als Planungsgröße in den Haushalt einzustellen und sich im Jahr 2017 grundsätzlich mit dem Thema Kindergartenfinanzierung zu beschäftigen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst (Ausschussvorsitzender Hebbelmann nimmt an der Abstimmung nicht teil):

In den Ergebnishaushalt 2017 wird ein Betrag in Höhe von 200.000 € in Priorität 2 zur Finanzierung von Defiziten von Kindertagesstätten ohne Defizitausgleich eingestellt.

Die übrigen in der vorliegenden Liste zum Ergebnishaushalt 2017 aufgeführten Positionen werden ohne weitere Beratung vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bestätigt.

Antrag der SPD/FDP-Gruppe zum Haushalt 2017 und zur mittelfristigen Finanzplanung bis 2020

Zu dem am heutigen Tage von der SPD/FDP-Gruppe eingereichten Antrag zur Ratssitzung am 16.02.2017 erklärt Ratsmitglied Selige, die dort formulierte Forderung nach Erreichung des Haushaltsausgleichs innerhalb des Finanzplanungszeitraums sowie die Vermeidung einer Nettoneuverschuldung ab 2019 seien als Zielsetzung gedacht. Nach den

außerordentlichen Bedarfen der letzten Zeit müssen diese Ziele für die kommenden Jahre in den Vordergrund gestellt werden.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, zur Erreichung dieser Ziele sei zunächst die Vorlage von Einsparverschlüssen durch die Verwaltung erforderlich. Die Politik müsse dann einen festen Willen und Einigkeit zeigen, Einsparungen durchzusetzen und mögliche Konsequenzen akzeptieren.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich dafür, den vorliegenden Antrag so in den Rat einzubringen.

Über die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten **Investitionen** wird wie folgt beraten:

Entwicklung Areal Rehlberg

Die Maßnahme wird einstimmig der Priorität 1 zugeordnet.

Förderung Bürgerprojekte

Der Antrag der SPD/FDP-Gruppe, die in 2016 im Rahmen der Bürgerprojekte bewilligte **Förderung zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes durch den SV Harderberg um weitere 67.000 € zu erhöhen**, wird bei **7 Ja –Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich befürwortet**. Gleichzeitung wird die Erwartung ausgesprochen, dass vom **SV Harderberg mehr eingeworbene Mittel zur Reduzierung des Betrages eingesetzt werden müssen**.

Aufbau freies WLAN-Netz

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, es gebe inzwischen Kontakt zu der privaten Initiative „Freifunker“, die von verschiedenen Seiten Zuschüsse erhalten und so gegebenenfalls ein freies WLAN im Stadtzentrum ermöglichen könne.

Ratsmitglied Jantos schlägt vor, trotzdem einen Betrag in Höhe von **10.000 € in Priorität 2** in den Haushalt aufzunehmen, um diese private Initiative gegebenenfalls auch seitens der Stadt unterstützen zu können.

Dieser Vorschlag wird bei 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Zuschusserhöhung KiTa St. Georg

Von Seiten der SPD/FDP-Gruppe wird angemerkt, man könne der Zuschusserhöhung nur „mit Bauchschmerzen“ zustimmen, da hier – wie auch bei dem Zuschuss für die KiTa St. Maria – eine zu späte Anmeldung und damit ein Verstoß gegen die Richtlinien vorliege. Hier dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden und es müsse zukünftig auf die Einhaltung der Richtlinien geachtet werden.

Anschaffung eines Jugendmobils

Von der SPD/FDP-Gruppe wird vorgetragen, nach Recherchen des Gruppenmitglieds Herrn Dr. Ferié seien derartige Fahrzeuge in anderen Kommunen nie längerfristig in Betrieb geblieben. Es werde daher der Kompromiss vorgeschlagen, anstelle eines Neufahrzeugs ein entsprechendes Gebrauchtfahrzeug anzuschaffen und hierfür 5.000 € in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, er bezweifle, dass hier Vergleiche möglich seien, da es seines Wissens nach in niedersächsischen Städten keine vergleichbaren Jugendmobile gebe.

Herr Dälken erklärt, der Antrag auf Anschaffung eines Jugendmobils werde zurückgezogen.

Umbau / Klimatisierung Rathaus

Von der SPD/FDP-Gruppe wird erklärt, man halte es nicht für realistisch, dass der in den Haushalt eingestellte Betrag von 850.000 € voll in 2017 kassenwirksam werde. Es werde daher vorgeschlagen **450.000 € mit Priorität 1** in den Haushalt 2017 einzustellen und für die übrigen **400.000 € eine Verpflichtungsermächtigung zulasten des Jahres 2018** aufzunehmen.

Dieser Vorschlag wird bei einer Enthaltung angenommen.

Serverraum Rathaus

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass gemäß vorliegendem Gutachten die für Serverräume bestehenden Brandschutzbestimmungen bei der Stadt Georgsmarienhütte derzeit nicht eingehalten werden. Mit den neuen Räumen im Erdgeschoss des Rathauses biete sich nunmehr die Chance, dieses Problem zu lösen.

Die vorgeschlagene Einstellung von 300.000 € in Priorität 1 für die Einrichtung eines Serverraums im Erdgeschoss des Rathauses wird bei einer Enthaltung befürwortet.

Schulhof Marien-/Regenbogenschule

Erster Stadtrat Plogmann erläutert, die ergänzenden Maßnahmen zur Schulhofsanierung seien aufgrund der Auslastung des Zentralen Gebäudemanagements in 2017 nicht realisierbar und daher in das Jahr 2018 verschoben worden. Die Beispielbarmachung des Hanges mittels einer Hangrutsche sei im bisherigen Bürgerprojekt nicht enthalten, sollte nach Möglichkeit aber ebenfalls im Rahmen des Bürgerprojektes und nicht durch das Zentrale Gebäudemanagement abgewickelt werden. Hierfür wären gegebenenfalls 25.000 € zusätzlich bereitzustellen.

Die Bereitstellung eines zusätzlichen Betrages in Höhe von 25.000 € in Priorität 2 zur Anschaffung einer Hangrutsche im Rahmen des Bürgerprojektes wird einstimmig befürwortet.

Neugestaltung Nichtschwimmerbereich und Außenanlagen Waldbad

Unter Verweis auf die hierzu im Fachausschuss III geführte Diskussion wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Beckenrandsanierung in 2 Abschnitten durchgeführt werde und im Bauunterhaltungsprogramm des Zentralen Gebäudemanagements für das Jahr 2017 und 2018 enthalten sei.

Nach Vorlage weiterer Planungen solle eine Beratung des Gesamtkonzeptes erfolgen, weshalb die ursprünglich für das Jahr 2017 im Investitionsbereich eingeplanten Mittel in das Jahr 2018 verschoben worden seien.

Ratsmitglied Selige fordert, die Sanierungsmaßnahmen auf das Notwendigste zu beschränken.

Spiegelraum Turnhalle Klosterstraße

Von der SPD/FDP-Gruppe wird vorgetragen, dass zahlreiche Übungsstunden ausfallen müssen, da keine Alternativräume vorhanden seien. Es bestehe ein dringender Bedarf und daher sei es nicht nachvollziehbar, dass hier nichts unternommen werde und man das Gebäude weiter verfallen lasse. Man beantrage daher, 5.000 € für Planungskosten in Priorität 1 und weitere 100.000 € in Priorität 2 in den Haushalt 2017 einzustellen.

Der städtische Architekt Herr Hornstein weist darauf hin, dass die Ursache für die Schimmelbildung beseitigt worden sei. Im Moment werde nicht saniert, da die gesamte Bausubstanz betrachtet und eine wirtschaftliche Lösung gefunden werden müsse. Die Umsetzung von Maßnahmen durch das Zentrale Gebäudemanagement sei hier ohne Streichung anderer für 2017 geplante Maßnahmen nicht möglich.

Der Vorschlag, 5.000 € in Priorität 1 und 100.000 € in Priorität 2 in den Haushalt 2017 einzustellen wird bei 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Neubau Aussichtstürme

Ratsmitglied Schmechel beantragt, die für die Neuerrichtung der Aussichtstürme vorgesehenen Mittel in Höhe von 200.000 € in Priorität 1 einzustellen.

Ratsmitglied Selige weist darauf hin, dass einer der beiden Türme auf Privatbesitz stehe, die Fläche des anderen Turmes befinde sich im Eigentum des Landkreises. Man solle versuchen, Sponsoren wie z.B. das Stahlwerk oder den Landkreis Osnabrück zu finden, die sich an den Kosten für den Neubau der Türme beteiligen. Daher sehe er den vorgesehenen Betrag von 200.000 € als zu hoch an.

Bürgermeister Pohlmann erklärt, bei dem Betrag von 200.000 € handele es sich zunächst um eine Planungsgröße. Eine inhaltliche Klärung, ob und wie viele Türme errichtet werden sollen, sei noch erforderlich.

Der Antrag, 200.000 € in Priorität 1 einzustellen, wird mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorschlag, 200.000 € in Priorität 2 einzustellen, wird bei 10 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Sanierung Alte Wanne

Von der SPD/FDP-Gruppe wird beantragt, **200.000 € in Priorität 2** für die weitere Sanierung der Alten Wanne in den Haushalt 2017 einzustellen und **den für 2018 veranschlagten Betrag (1.000.000 €) um diesen Betrag zu reduzieren.**

Dieser Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Jugendtreff Holzhausen

Die Bereitstellung von **90.000 € für die Errichtung eines Jugendtreffs (Blockhaus) wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich befürwortet.**

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass auch diese Maßnahme nicht im Programm des Zentralen Gebäudemanagement für 2017 enthalten ist.

Radweg Alt-Georgsmarienhütte / Holzhausen

Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die Maßnahme auf das Jahr 2018 zu verschieben.

Die SPD/FDP-Gruppe schlägt vor, je 100.000 € für die Jahre 2017 und 2018 einzuplanen. Dieser Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich befürwortet.

Stadtplatz

Die CDU-Fraktion beantragt, 500.000 € für die Maßnahme Stadtplatz in den Haushalt 2017 einzustellen. **Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.**

Von der SPD/FDP-Gruppe wird beantragt, 200.000 € in **Priorität 1** für eine einfache **Sanierung des Roten Platzes einschließlich 25.000 € Planungskosten für die Sanierung des Stadtplatzes in den Haushalt 2017 einzustellen.**
Dieser Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass seitens der Politik eine klare Aussage zu treffen sei, was im Rahmen der Sanierung des Stadtplatzes gemacht werden soll.

Parkplatz Karlstraße / Parkstreifen L 95

Der Antrag der SPD/FDP-Gruppe, die für den **Parkplatz Karlstraße eingeplanten Mittel in Höhe von 150.000 € aus dem Haushalt 2017 zu streichen, wird mit 7 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.**

Die Einstellung von 50.000 € für den Parkstreifen an der L 95 wird bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung befürwortet.

Radweg Kloster-Oesede (Beleuchtung)

Von der SPD/FDP-Gruppe wird beantragt, 86.500 € in **Priorität 1** für die Beleuchtung des Radweges in 2017 einzuplanen. Zur Begründung wird angeführt, die Maßnahme sollte in 2017 umgesetzt werden, um Konflikte mit der in diesem Bereich im nächsten Jahr stattfindenden Sanierung der L 95 zu vermeiden.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Lärmschutzwand B 51

Zur Begründung des von der Fraktion DIE GRÜNEN eingereichten Antrags wird von Ratsmitglied Springmeier ausgeführt, es müsse endlich ein Signal gegeben werden, dass man bereit sei, hier etwas zu unternehmen.

Von der SPD/FDP-Gruppe wird vorgetragen, nach den bisherigen Verhandlungen lehne der Bund eine Lärmschutzwand ab, so dass die Kosten für die Errichtung und zusätzlich die Kosten für die spätere laufende Unterhaltung von der Stadt zu tragen seien.

Inzwischen habe der Bund seine Auffassung geändert und sei bereit, gemeinsam mit den Kommunen nach Lösungen zu suchen. Die Verwaltung werde daher aufgefordert, erneut mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Kontakt aufzunehmen und in diese Richtung zu verhandeln. Vor dem Hintergrund der in diesem Jahr stattfindenden Bundestagswahl sollten auch die örtlichen Abgeordneten in dieses Thema mit eingebunden werden. Es werde vorgeschlagen, **250.000 € in Priorität 1 als Kostenbeteiligung der Stadt in den Haushalt 2017 einzustellen.**

Dieser Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

ZILE-Waldwegebau

Die für den ZILE-Waldwegebau eingeplanten Mittel in Höhe von **10.000 €** werden einstimmig der **Priorität 1** zugeordnet.

Kapitalzuführung Stadtwerke

Von der SPD/FDP-Gruppe wird beantragt, die **Kapitalzuführung an die Stadtwerke für das Jahr 2017 auf 250.000 € zu reduzieren**.

Ratsmitglied Selige führt hierzu aus, er habe dies mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke besprochen, der geäußert habe, dass sich als Folge die Liquidität der Stadtwerke verringern werde, dass aber der Wirtschaftsplan nicht gefährdet sei.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die übrigen in der vorliegenden Liste Investitionen 2017 bis 2020 aufgeführten Positionen werden ohne weitere Beratung vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bestätigt.

Eine Abstimmung über den Gesamthaushalt und das Investitionsprogramm findet nicht statt.

**8. Entwicklung der NLG-Verfahren 2013-2015
(Verfahrensblätter)
Vorlage: MV/004/2017**

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**9. Bericht über erlassene und niedergeschlagene
Forderungen der Stadt Georgsmarienhütte ab einem
Wert von 5.000 € im Jahr 2016
Vorlage: MV/001/2017**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Der Bericht über erlassene und niedergeschlagene Forderungen ab 5.000 € im Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

**10. Statistische Zahlen aus dem Sachgebiet Vollstreckung
in der Stadtkasse Georgsmarienhütte für das Jahr 2016
Vorlage: MV/002/2017**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Die statistischen Zahlen aus dem Sachgebiet Vollstreckung der Stadtkasse Georgsmarienhütte werden zur Kenntnis genommen.

**11. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und
Auszahlungen 2016
Vorlage: MV/003/2017**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2016 werden zur Kenntnis genommen.

12. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

13. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung